

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
A. Problemaufriss	23
B. Themeneingrenzung	26
C. Gang der Untersuchung	27
Erstes Kapitel: Der Kollegialorgancharakter, die Leitungsaufgabe und die Ressortaufteilung eines mehrgliedrigen Vorstands im Aktienrecht	29
A. Hinführung	29
B. Der Kollegialorgancharakter und die Leitungsaufgabe des Vorstands im Gefüge der historischen Entwicklung der Aktiengesellschaft	30
I. Problemstellung	30
II. Aktienrechtliche Regelungen zur Vorstandorganisation bis 1937	30
1. Vorläuferinnen der deutschen Aktiengesellschaft im Ausland	30
2. Antrieb der aktienrechtlichen Kodifikation durch die Eisenbahngesellschaften	31
III. Die Auswirkungen des Aktiengesetzes von 1937 auf den Kollegialorgancharakter des Vorstands	34
1. Hinführung	34
2. Stärkere Stellung des Vorstands	35
3. Das Generaldirektorenprinzip als gesetzlicher Regelfall	36
4. Verantwortungszuwachs und Haftungsverschärfung für den Vorstand	37
IV. Die Neuvermessung der Vorstandorganisation durch die Aktienrechtsnovelle von 1965	38
1. Erstmalige Hinwendung des Gesetzgebers zum Kollegialprinzip innerhalb des Vorstands	38
2. Erstmalige Regelungen zur Geschäftsordnung des Vorstands	40

V.	Die Auswirkungen der Mitbestimmungsregelungen auf den Kollegialorgancharakter des Vorstands	41
VI.	Die Auswirkungen der Corporate Governance-Regelungen auf den Kollegialorgancharakter des Vorstands	42
VII.	Fazit zu dem historischen Wandel des Vorstands zu einem Kollegialorgan	43
C.	Die Leitungsaufgabe des Vorstands gemäß § 76 Abs. 1 AktG	43
	I. Problemstellung	43
	II. Terminologische Weichenstellung	44
	1. „Leitung“ und „Geschäftsführung“ im Aktiengesetz	44
	a) Begriff der Geschäftsführung	45
	b) Begriff der Leitung nach § 76 Abs. 1 AktG	46
	aa) Wortlaut	47
	bb) Historisch-genetische Auslegung	48
	cc) Systematik	50
	dd) Telos	53
	c) Fazit zu den Begriffen „Leitung“ und „Geschäftsführung“ im Aktiengesetz	54
	2. „Vorstand“ und „Vorstandsmitglied“ im Aktiengesetz	54
	a) Das Kollegialorgan „Vorstand“ und das einzelne „Vorstandsmitglied“ als unterschiedliche Normadressaten im Aktiengesetz?	54
	b) Die Differenzierung zwischen der internen Willensbildung des Kollegialorgans und der externen Vertretung der Aktiengesellschaft durch die vertretungsberechtigte Zusammensetzung der Vorstandsmitglieder	56
	c) Fazit zu den Begriffen „Vorstand“ und „Vorstandsmitglied“ im Aktiengesetz	61
	III. Die Funktionen des Leitungsbegriffs	61
	1. Hinführung	61
	2. Die Zuweisung der Leitungskompetenz an den Vorstand	62
	a) Das unmittelbare Verhältnis des Vorstands zur Hauptversammlung und zum Aufsichtsrat	62
	b) Das Verhältnis des Vorstands zum Unternehmensgegenstand	64
	3. Die Erteilung einer Leitungspflicht	66

4. Leitung als „Gesamtverantwortung“ und Delegationsschranke?	67
IV. Fazit zur Leitungsaufgabe des Vorstands	67
D. Die Ressortaufteilung im mehrgliedrigen Vorstand	68
I. Hinführung	68
II. Die Zahl der Vorstandsmitglieder	68
1. Problemstellung	68
2. Die Höchstzahl der Vorstandsmitglieder	68
a) Aktienrechtliche Vorgaben an die Höchstzahl der Vorstandsmitglieder	69
b) Die Rechtsfolgen einer Überbesetzung des Vorstands	69
3. Die Mindestzahl der Vorstandsmitglieder	70
a) Aktien- und aufsichtsrechtliche Vorgaben an die Mindestzahl der Vorstandsmitglieder	70
b) Die Rechtsfolgen einer Unterbesetzung des Vorstands	71
III. Die praktische Notwendigkeit der Ressortaufteilung im mehrgliedrigen Vorstand	72
1. Hinführung	72
2. Sorgfältigere Aufgabenerfüllung durch kollegialorganisatorische Organisation	72
3. Effizienzsteigerung durch Ressortaufteilung	73
IV. Die Fälle einer Rechtspflicht zur Ressortaufteilung	75
1. Aktienrechtliche Ausgangslage	75
2. Anforderungen außerhalb des Aktiengesetzes an die Vorstandorganisation	76
3. Fazit zu den Fällen einer Rechtspflicht zur Ressortaufteilung	78
V. Die aktienrechtliche Ausgestaltung der Ressortaufteilung	78
1. Der Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung als Ausgangspunkt	79
2. Die Einräumung von Einzelgeschäftsführungsbefugnissen in der Satzung oder der Geschäftsordnung des Vorstands	79
a) Das zuständige Organ für den Erlass der Geschäftsordnung	80
b) Die Zuweisung von Vorstandressorts in der Geschäftsordnung	84

3. Die (Dis-)Kontinuität der Geschäftsordnung	85
a) Problemstellung	85
b) Der Geschäftsordnungserlass durch den Aufsichtsrat	85
c) Der Geschäftsordnungserlass durch den Vorstand	86
VI. Die organisatorischen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Ressortaufteilung	
1. Hinführung	88
2. Funktionale Ressortaufteilung	89
3. Divisionale Ressortaufteilung	90
4. Mischstruktur	92
5. Virtuelle Holding	93
VII. Fazit zur Ressortaufteilung im mehrgliedrigen Vorstand	94
Zweites Kapitel: Der aktienrechtliche Rahmen der vorstandsinternen Ressortaufteilung	97
A. Hinführung	97
B. Der Grundsatz der Gesamtverantwortung als Grenze der vorstandsinternen Ressortaufteilung	97
I. Die Auswirkungen der Gesamtverantwortung auf die Delegationsfähigkeit von Vorstandsaufgaben an einzelne Vorstandsmitglieder	98
II. Der rechtsdogmatische Geltungsgrund des Prinzips kollegialorganischaftlicher Aufgabenerfüllung als ein Element der Gesamtverantwortung	99
1. Problemstellung	99
2. Ausdrückliche gesetzgeberische Auseinandersetzungen mit dem Prinzip kollegialorganischaftlicher Aufgabenerfüllung	100
3. Der Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung gemäß § 77 Abs. 1 S. 1 AktG als Ausdruck des Prinzips kollegialorganischaftlicher Aufgabenerfüllung	101
4. Die Zuweisung der Leitungsaufgabe an den Vorstand gemäß § 76 Abs. 1 AktG als Ausdruck des Prinzips kollegialorganischaftlicher Aufgabenerfüllung	103
a) Hinführung	103

b)	Auslegung von § 76 Abs. 1 AktG hinsichtlich des Prinzips kollegialorganschaftlicher Aufgabenerfüllung	104
c)	Zwischenfazit	108
5.	Die kollegialorganschaftliche Aufgabenerfüllung aufgrund des allgemeingültigen Kollegialprinzips	108
a)	Rechtsformübergreifende Hinführung zum Kollegialprinzip	109
aa)	Die Zusammensetzung des Kollegialorgans aus gleichberechtigten Mitgliedern	110
bb)	Die kollektive Beschlussfassung innerhalb des Kollegialorgans durch die Voten seiner Mitglieder	111
b)	Normative Anknüpfungspunkte für das Kollegialprinzip beim Vorstand einer Aktiengesellschaft	113
6.	Fazit zum rechtsdogmatischen Geltungsgrund des Prinzips kollegialorganschaftlicher Aufgabenerfüllung	115
III.	Zur „Dekonstruktion des Delegationsverbots“ durch Seibt	115
1.	Hinführung	115
a)	Die Unzulänglichkeit einer begrifflichen Kategorisierung von Vorstandsaufgaben	116
b)	Die organinterne Aufgabendelegation des Vorstands als unternehmerische Entscheidung gemäß § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	117
2.	Kritik an der „Dekonstruktion des Delegationsverbots“ und Plädoyer für eine kategoriale Einordnung von Kollegialaufgaben des Vorstands	118
IV.	Die materiellen Gegenstände des Prinzips kollegialorganschaftlicher Aufgabenerfüllung als Grenze der vorstandsinternen Ressortaufteilung	120
1.	Hinführung	120
2.	Normativ verankerte Kollegialaufgaben durch das ausdrückliche Erfordernis eines Vorstandsbeschlusses oder durch die Adressierung des Kollegialorgans „Vorstand“	121
3.	Ungeschriebene Kollegialaufgaben des Vorstands	124
a)	Problemstellung	124

b)	Modelle zur abstrakten Charakterisierung ungeschriebener Kollegialaufgaben des Vorstands	125
aa)	Die typologische Umschreibung von Kollegialaufgaben anhand der Betriebswirtschaftslehre	125
bb)	Der viergliedrige typologische Gegenentwurf <i>Fleischers</i>	129
cc)	Schlussfolgerungen aus dem Vergleich der beiden typologischen Lösungsmodelle und weitere Vorgehensweise	130
c)	Normative Anknüpfungspunkte zur einzelfallbezogenen Ermittlung von Kollegialaufgaben innerhalb eines spezifischen Unternehmens	132
aa)	Hinführung	132
bb)	Die notwendige Betrachtung der spezifischen Aktiengesellschaft	133
d)	Fazit zu den ungeschriebenen Kollegialaufgaben des Vorstands	134
4.	Rechtsformübergreifende öffentlich-rechtliche Kollegialaufgaben	135
5.	Fazit zu den materiellen Gegenständen des Prinzips kollegialorganisatorischer Aufgabenerfüllung	135
V.	Die Kollegialorganisatorische Aufgabenerfüllung durch die kollektive Willensbildung innerhalb des Vorstands	136
1.	Hinführung	136
2.	Die bloße Entscheidungskompetenz des Kollegialorgans	136
3.	Die Delegationsfähigkeit der Vorbereitung und des Vollzugs von Kollegialaufgaben	138
VI.	Fazit zum Grundsatz der Gesamtverantwortung als Grenze der vorstandinternen Ressortaufteilung	139
VII.	Exkurs: Zur kollegialorganisatorischen Aufgabenerfüllung durch einen vorschriftswidrig unterbesetzten Vorstand	139
1.	Problemaufriss am Beispiel der <i>Sachsenmilch III</i> -Entscheidung des Bundesgerichtshofs	139
2.	Bestandsaufnahme	141
a)	Entfall der Handlungsfähigkeit des Vorstands bei Kollegialaufgaben	141

b) Erhalt der Handlungsfähigkeit des Vorstands bei Kollegialaufgaben	142
c) Differenzierung nach der Art der Kollegialaufgabe	143
3. Stellungnahme unter Berücksichtigung des Prinzips kollegialorganisatorischer Aufgabenerfüllung	144
C. Der Grundsatz der Gleichberechtigung als Grenze der vorstandsinternen Ressortaufteilung	146
I. Hinführung	146
II. Der rechtsdogmatische Geltungsgrund des Grundsatzes der Gleichberechtigung	148
1. Ausdrückliche gesetzgeberische Auseinandersetzungen mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung	148
2. Umkehrschluss aus dem Ausnahmeharakter aktienrechtlicher Regelungen zu Sonderstellungen einzelner Vorstandsmitglieder	149
3. Der Grundsatz der Gleichberechtigung als Konsequenz des Kollegialprinzips	149
4. Fazit zum rechtsdogmatischen Geltungsgrund des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Vorstandsmitglieder	150
III. Die Folgen des Grundsatzes der Gleichberechtigung für die vorstandsinterne Ressortaufteilung	150
1. Problemstellung	150
2. Die Wechselwirkung zwischen dem Prinzip kollegialorganisatorischer Aufgabenerfüllung und dem Grundsatz der Gleichberechtigung	151
3. Die Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder bei der Aufteilung delegationsfähiger Vorstandsaufgaben	151
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Kapitels	152
Drittes Kapitel: Innenhaftung und Ressortaufteilung	155
A. Hinführung	155
B. Die Innenhaftung des Vorstands bei einer unstatthaften Ressortaufteilung	155
I. Hinführung	155

II. Formelle Anforderungen an die Ressortaufteilung in der Vorstandsgeschäftsordnung	156
1. Problemstellung	156
2. Bestandsaufnahme	156
a) Rechtsprechung zu den formellen Anforderungen an die Ressortaufteilung in der Vorstandsgeschäftsordnung	156
b) Schrifttum zu den formellen Anforderungen an die Ressortaufteilung in der Vorstandsgeschäftsordnung	157
3. Stellungnahme	159
III. Die Delegation von Vorstandsaufgaben, die dem Prinzip kollegialorganischaftlicher Aufgabenerfüllung unterliegen	161
IV. Die Delegation an fachlich oder persönlich ungeeignete Vorstandsmitglieder	163
V. Der Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung bei der Ressortaufteilung	164
VI. Fazit zur Innenhaftung des Vorstands bei einer unstatthaften Ressortaufteilung	165
C. Der Eintritt einer Haftungskonzentration auf den Ressortführer nach einer statthaften Ressortaufteilung durch die Umwandlung einer Handlungs- in eine Überwachungsverantwortung der ressortfremden Vorstandsmitglieder	166
I. Die Ermittlung eines Begründungsdefizits in den Gesetzesmotiven und in der Rechtsprechung für die pflichtenmodifizierende Wirkung einer organinternen Ressortaufteilung	166
1. Problemstellung	166
2. Gesetzgeberische Stellungnahmen zu der pflichtenmodifizierenden Wirkung einer organinternen Ressortaufteilung	168
3. Die Rechtsprechungsentwicklung zu der pflichtenmodifizierenden Wirkung einer organinternen Ressortaufteilung	170
a) Zivilrechtliche Judikate zu der Pflichtenmodifikation	170
aa) Das Reichsgerichtsurteil II 272/19 vom 3.2.1920 als entscheidende Wegmarke	170

bb) Die anschließende zivilrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Pflichtenmodifikation	172
cc) Die <i>Siemens/Neubürger</i> -Entscheidung des Landgerichts München I	174
b) Strafrechtliche Judikate zu der Pflichtenmodifikation	175
c) Steuerrechtliche Judikate zu der Pflichtenmodifikation	176
4. Fazit zur Rechtsprechung über die Pflichtenmodifikation durch eine organinterne Ressortaufteilung	177
II. Die Untersuchung der Pflichtenmodifikation nach einer statthaften Ressortaufteilung im bipolaren Organwalterverhältnis	177
1. Hinführung	177
2. Unmittelbare normative Anknüpfungspunkte für die rechtsdogmatische Begründung der Pflichtenmodifikation bei einer bipolaren Betrachtungsweise	178
a) Das ressortführende Vorstandsmitglied als Erfüllungsgehilfe gemäß § 278 Abs. 1 Var. 2 BGB oder als Verrichtungsgehilfe gemäß § 831 Abs. 1 BGB des ressortfremden Vorstandsmitglieds	178
b) Die Pflicht zur Einrichtung eines Überwachungssystems gemäß § 91 Abs. 2 AktG	180
c) Fazit zu den unmittelbaren normativen Anknüpfungspunkten für die Pflichtenmodifikation und weitere Vorgehensweise	180
3. Die Zuweisung der Leitungsaufgabe gemäß § 76 Abs. 1 AktG	181
4. Das Kollegialprinzip	181
5. Die organschaftliche Pflicht zur Selbstkontrolle	182
6. Der Eintritt einer rechtlichen Unmöglichkeit gemäß § 275 Abs. 1 AktG durch die Ressortaufteilung	183
7. Fazit zur Betrachtung der Pflichtenmodifikation nach einer statthaften Ressortaufteilung im bipolaren Organwalterverhältnis	185

III. Die kollegialorgan-schaftliche Betrachtungsweise der Pflichtenmodifikation nach einer statthaften Ressortaufteilung	186
1. Hinführung	186
2. Ausgangsthese: Das Kollegialorgan als primärverantwortlicher Pflichtenadressat	187
3. Zur Frage einer Haftung des primärverantwortlichen Kollegialorgans und einer damit verbundenen Durchbrechung der haftungskonzentrierenden Wirkung einer vorstandsinternen Ressortaufteilung	192
a) Problemstellung und Bestandsaufnahme	192
b) Der Vorstand als unmittelbarer Haftungsadressat?	193
c) Einwände gegen eine kollegialorgan-schaftliche Haftung des Vorstands	195
d) Fazit zur kollegialorgan-schaftlichen Haftung des Vorstands und zu den derivativen Mitwirkungspflichten der Vorstandsmitglieder	199
4. Pflichtenmodifikation als ein allgemeiner Grundsatz der Delegation gesetzlicher Pflichten? Die rechtsdogmatische Herleitung einer Analogie zu der Entstehung und Modifikation deliktsrechtlicher Verkehrspflichten	200
a) Hinführung	200
b) Nochmals: Das Kollegialorgan als primärverantwortlicher Pflichtenadressat	202
c) Die Delegationsbefugnis als notwendige Bedingung für eine Pflichtenmodifikation	202
d) Die Delegation als ein Akt der Gefahrschaffung für die ordnungsgemäße Pflichterfüllung und die Rückbindung an das primärverantwortliche Kollegialorgan	203
aa) Problemstellung	203
bb) Der eigenständige Erlass der Geschäftsordnung durch den Vorstand gemäß § 77 Abs. 2 S. 1 Var. 1 AktG	204
cc) Der fremdbestimmte Erlass der Geschäftsordnung durch den Aufsichtsrat gemäß § 77 Abs. 2 S. 1 Var. 3 AktG	210

dd) Das Fehlen eines Entpflichtungstatbestands	213
ee) Fazit zur Delegation als ein Akt der Gefahrschaffung und zur Rückbindung an das primärverantwortliche Kollegialorgan	214
e) Die derivative organinterne Überwachungspflicht der Vorstandsmitglieder	214
5. Verifikation der Ergebnisse durch einen Vergleich mit dem schweizerischen Aktienrecht	215
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des dritten Kapitels	217
Viertes Kapitel: Die Folgeprobleme der Pflichtenmodifikation	219
A. Hinführung	219
B. Das derivative Informationsrecht der ressortfremden Vorstandsmitglieder	219
I. Der organinterne Informationsfluss	219
II. Zur Frage eines Auskunftsverweigerungsrechts des Ressortführers gegenüber dem Gesamtvorstand	222
1. Problemstellung	222
2. Keine entsprechende Anwendung des <i>nemo tenetur</i> -Grundsatzes im Intraorganverhältnis	223
III. Die Einrichtung eines organinternen Informations- und Berichtssystems	224
C. Zur allgemeinen Geltung eines Misstrauens- oder eines Vertrauensprinzip bei der vorstandinternen Überwachung	225
I. Problemstellung und Bestandsaufnahme	225
1. Rechtsprechung zur allgemeinen Geltung eines Misstrauens- oder Vertrauensprinzips im Gesellschaftsrecht und in weiteren Rechtsgebieten	225
2. Schriftum zur Geltung eines Misstrauens- oder Vertrauensprinzips zwischen den Vorstandsmitgliedern	227
II. Stellungnahme	230
III. Die Aktivierung von Misstrauen und die Interventionspflicht der ressortfremden Vorstandsmitglieder	232
1. Misstrauenstatbestände	232

2. Die Interventionspflicht der ressortfremden Vorstandsmitglieder im Falle einer pflichtwidrigen Ressortführung	236
D. Zur Frage einer verschärften Überwachungspflicht aufgrund der spezifischen organinternen Stellung eines Vorstandsmitglieds	239
I. Verschärzte Überwachungspflicht eines „ressortnahen“ Vorstandsmitglieds?	239
1. Problemstellung und Bestandsaufnahme	239
2. Stellungnahme	241
II. Verschärfte Überwachungspflicht des Vorstandsvorsitzenden?	242
1. Problemstellung und Bestandsaufnahme	242
2. Stellungnahme	243
III. Fazit zur Frage nach verschärften Überwachungspflichten aufgrund der spezifischen organinternen Stellung eines Vorstandsmitglieds	244
E. Zur Frage eines Mitverschuldens der Aktiengesellschaft nach § 254 Abs. 1 BGB i.V.m. § 31 BGB analog aufgrund der Pflichtverletzung des ressortführenden Vorstandsmitglieds	245
I. Hinführung und Bestandsaufnahme	245
II. Würdigung	246
F. Die Verjährung des Schadensersatzanspruchs der Aktiengesellschaft gegen ein ressortfremdes Vorstandsmitglied bei einer Überwachungspflichtverletzung	247
I. Problemstellung	247
II. Vergleich mit der Sekundärhaftung des Aufsichtsrats	248
G. Die zusätzliche haftungskonzentrierende Wirkung der Ressortaufteilung beim gesamtschuldnerischen Innenausgleich der Vorstandsmitglieder nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	249
I. Hinführung	249
II. Zur analogen Anwendung von § 840 Abs. 2 BGB, § 1833 Abs. 2 S. 2 BGB a.F. beim gesamtschuldnerischen Innenausgleich	249
H. Zusammenfassung der Ergebnisse des vierten Kapitels	252

Fünftes Kapitel: Rechtspolitische Perspektive	253
A. Zur Einführung eines Entpflichtungstatbestands bei der vorstandsinternen Ressortaufteilung	253
I. Problemstellung und Bestandsaufnahme	253
II. Plädoyer gegen die Einführung eines Entpflichtungstatbestand	254
B. Zur Kodifikation nicht delegierbarer Vorstandsaufgaben und der organinternen Überwachungspflicht	255
I. Problemstellung und Bestandsaufnahme	255
II. Stellungnahme	257
C. Zur Kodifikation des organinternen Vertrauensprinzips	258
I. Problemstellung und Bestandsaufnahme	258
II. Stellungnahme	260
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	263
Literaturverzeichnis	267